

AiR Aktiv im **Ruhestand**

Magazin für Seniorinnen und Senioren im dbb
Dezember 2025 – 76. Jahrgang

12

Gemeinsam essen und
Geschenke

**Füreinander da
am Jahresende**

Seite 8 <

Alt und Jung
im Dialog:
allgemeine
Dienstpflicht

Seite 12 <

Alters-
diskriminierende
Sprache

**mit
dbb Seiten**

Für andere da sein ...

... ist vielen gerade in der Vorweihnachtszeit ein Bedürfnis. In der Dezember-Ausgabe von „Aktiv im Ruhestand“ berichten wir von einem, der sich nicht nur im Dezember für Obdachlose einsetzt. Im Laufe der Jahrzehnte hat Sänger und Entertainer Frank Zander nicht nur seine gesamte Familie mit in das Projekt eingespannt, sondern auch ein namhaftes Tagungshotel, die Verkehrsbetriebe der Stadt und andere Großspender sowie Bühnenkünstler und zahlreiche freiwillige Helfer. Diese und andere Weihnachtsgeschichten sowie Beiträge über altersdiskriminierende Sprache, darüber, was Alte und Junge über die Wiederkehr der Wehrpflicht sagen, was es zu beachten gibt, wenn man erkrankungshalber mit rezeptpflichtigen Medikamenten auf Reisen gehen muss, und über weitere interessante Themen lesen Sie im neuen AiR.

ada

Impressum:

AiR – Aktiv im Ruhestand. Magazin des dbb für Ruhestandsbeamte, Rentner und Hinterbliebene. Herausgeber: Bundesleitung des dbb beamtenbund und tarifunion, Friedrichstraße 169, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.4081-40. **Telefax:** 030.4081-5599. **Internet:** www.dbb.de. **E-Mail:** airmagazin@dbb.de. **Leitende Redakteurin:** Anke Adamik (ada). **Redaktion:** Carl-Walter Bauer (cwb), Jan Brenner (br), Christoph Dierking (cdi), Dr. Walter Schmitz (sm). **Redaktionsschluss:** 10. jeden Monats. Beiträge, die mit dem Namen des Verfassers gekennzeichnet sind, geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. „AiR – Aktiv im Ruhestand“ erscheint zehnmal im Jahr. **Titelbild:** Unsplash+. **Einsendungen zur Veröffentlichung:** Manuskripte und Leserzuschriften müssen an die Redaktion geschickt werden mit dem Hinweis auf Veröffentlichung, andernfalls können die Beiträge nicht veröffentlicht werden.

Bezugsbedingungen: Nichtmitglieder bestellen in Textform beim DBB Verlag. Inlandsbezugspreis: Jahresabonnement 62,80 Euro zzgl. 10,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt.; Mindestlaufzeit 1 Jahr. Einzelheft 6,60 Euro zzgl. 2,20 Euro Versandkosten, inkl. MwSt. Für Mitglieder der BRH-Landesorganisationen ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten. Adressänderungen und Kündigungen bitte in Textform an den DBB Verlag. Abonnementskündigungen müssen bis zum 1. Dezember in Textform beim DBB Verlag eingegangen sein, ansonsten verlängert sich der Bezug um ein weiteres Kalenderjahr.

Layout: FDS, Geldern. **Gestaltung:** Benjamin Pohlmann. **Verlag:** DBB Verlag GmbH. **Internet:** www.dbbverlag.de. **E-Mail:** kontakt@dbbverlag.de. **Verlagsort und Bestellschrift:** Friedrichstraße 165, 10117 Berlin. **Telefon:** 030.7261917-0. **Telefax:** 030.7261917-40.

Anzeigenverkauf: DBB Verlag GmbH, Mediacenter, Dechenstraße 15 a, 40878 Ratingen. **Telefon:** 02102.74023-0. **E-Mail:** mediacenter@dbbverlag.de. **Anzeigenleitung:** Marion Clausen. **Telefon:** 030.7261917-32. **E-Mail:** marion.clausen@dbbverlag.de. **Anzeigendisposition:** Britta Urbanski. **Telefon:** 02102.74023-712. Preisliste 66 (dbb magazin) und Aktiv im Ruhestand Preisliste 54, gültig ab 1.1.2025.

Druckauflage: dbb magazin 549 183 Exemplare (IVW 3/2025). Druckauflage AiR – Aktiv im Ruhestand 15 000 Exemplare (IVW 3/2025). **Anzeigen-schluss:** 6 Wochen vor Erscheinen. **Herstellung:** L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG DruckMedien, Marktweg 42–50, 47608 Geldern. ISSN 1438-4841



> Schwerpunkt: Jahresausklang – füreinander da



4



8



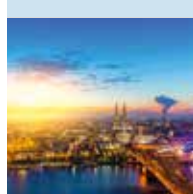
11



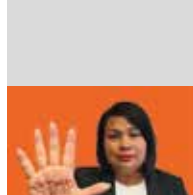
16



20



29



44

Aktuell

- > Sozialpolitik grenzübergreifend gestalten 4
- > Beschluss der Hauptversammlung: Für ein solidarisches Miteinander aller Generationen 4
- > Bildung in der zweiten Lebenshälfte 5
- > Kooperation mit Fachgewerkschaften 6
- > 13. Speyerer Kommunaltag: Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe 7

Brennpunkt

- > Allgemeine Dienstpflicht: Deutschland braucht dich! 8

Standpunkt

- > Reform der Rentenversicherung: Sündenböcke der Gesellschaft? 10

Aus den Ländern

- > Besuch beim BND: Zwischen Transparenz und Geheimhaltung 11

Medien

- > Altersdiskriminierung durch Sprache: Im Anfang war das Wort 12

Nachgefragt

- > Wie verbringt Ihre Familie Weihnachten, Herr Zander? 14

Blickpunkt

- > Der Weihnachtsbaum im Wandel der Zeit 16

Vorgestellt

- > Arbeiten im Alter 18

Modernes Leben

- > Sicher reisen mit Medikamenten 20

Nach-Lese

- > 22

Medientipp

- > 23

Gewinnspiel

- > 24

dbb

- > Tarifpolitik – Einkommensrunde für die Beschäftigten der Länder 25
- > 67. Jahrestagung in Köln: Starker Staat – Krisenfest und Bürgernah. 29
- > Bürokratieabbau: Bessere Gesetze für weniger Bürokratie 30
- > Dossier zivile Wehrverwaltung – Neuer Wehrdienst 34
- > Nachgefragt bei BAaINBw-Präsidentin Annette Lehnigk-Emden 36
- > Frauen und Europa – Andrea Wechsler, Präsidentin der Europa-Union Deutschland 38
- > Gewalt gegen Frauen: Keine Toleranz 44
- > Interview – Thomas Röwekamp 46

Europäische Gewerkschaftsarbeit

Sozialpolitik grenzübergreifend gestalten

CESI Seniors, die Seniorenorganisation der europäischen Gewerkschaftsvereinigung, nimmt ihre Arbeit auf und wählt Horst Günther Klitzing vom dbb zu ihrem Präsidenten.

„Ich freue mich darauf, gemeinsam mit den Kolleginnen und Kollegen aus der gesamten EU eine europäische, seniorenge-rechte Sozialpolitik zu gestalten, die diesen Namen auch verdient“, kommentierte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundessenioren-vertretung, die Wahl.

Auf Grundlage eines Beschlusses des CESI-Kongresses vom Dezember 2024 zur Gründung einer Kommission für Seniorinnen und Senioren analog zu CESI Youth und CESI

FEMM hat sich die CESI Seniors am 5. November im Rahmen einer hybriden Sitzung konstituiert. Auf Vorschlag des dbb und des CESI-Präsidiums wurde Horst Günther Klitzing einstimmig zum Präsidenten gewählt.

Kolleginnen und Kollegen von deutschen, spanischen, italienischen und ungarischen Mitgliedsverbänden hatten an der konstituierenden Sitzung teilgenommen. Neben einer Verabschiedung der Grundsätze der zukünftigen Arbeitsweise ergab eine erste Aussprache

über mögliche Arbeitsthemen, dass die Zukunft der Pflege in allen Ländern als besonders dringliches Problem angesehen wird.

Flaviana Teodosiu von der Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration der Europäischen Kommission referierte über die Empfehlung der Kommission zum „Zugang zu erschwinglicher und hochwertiger Langzeitpflege“ aus dem Jahr 2022. Zudem wurde über den jüngsten Bericht der Kommission über „Die Angemessenheit und die Modalitäten von Renten und Pensionen in den Mitgliedstaaten“ diskutiert.

Die Confédération Européenne des Syndicats Indépendants (CESI), oder Europäische Union der Unabhängigen Gewerkschaften, vertritt auf EU-Ebene über sechs Millionen Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen aus über 40 Gewerkschaftsorganisationen in ganz Europa und engagiert sich im europäischen Sozialdialog. Ende Oktober hatten sich die Delegierten zu einem Kongress in Brüssel getroffen. ■



Beschluss der Hauptversammlung

Für ein solidarisches Miteinander aller Generationen

Gegen Ageismus – Altersdiskriminierung erkennen und stoppen.
Die dbb bundesseniorenvertretung bezieht Position.

„Wir dbb Senioren haben bei ganz unterschiedlichen Gelegenheiten Erfahrungen mit Diskriminierung von Alters wegen gemacht. Ob in Versicherungspolicen, Kreditverträgen oder in der laufenden öffentlichen Debatte über die sozialen

Sicherungssysteme – das Thema ist überall. Wir wollen aufklären, wie Altersdiskriminierung durch andere, aber auch gegen sich selbst funktioniert und was jeder dagegen unternehmen kann“, so der Vorsitzende der dbb bundes-

seniorenvertretung, Horst Günther Klitzing.

Ageismus ist ein weitverbreitetes Phänomen, das jeden auch bereits in jungen Jahren treffen kann. Sätze wie „Das kannst du noch nicht, dazu bist du zu

jung“ oder „Das kannst du doch nicht machen – in deinem Alter“ kennen viele. Auch freundlich gemeinte, aber eben auch herablassende Bezeichnungen wie „die süße Omi“ und „der niedliche Opi“ für wildfremde alte

Menschen haben sich viele schon anhören müssen.

Auf der Grundlage der Erkenntnisse der 9. Seniorenpolitischen Fachtagung „Generation Ü65 – unterschätzt und übersehen?“ hat die dbb bundesseniorenvertretung die Position „Ageismus erkennen und stoppen“ erarbeitet. Die Hauptversammlung der dbb bundesseniorenvertretung hat auf ihrer Sitzung am 15. Oktober 2025 dieser Position zugestimmt, „die wir als dbb Senioren nun in Politik und Gesellschaft einbringen und vertreten“, so der dbb Seniorenchef.

Die Position gegen Ageismus finden Sie unter: dbb-senioren.de/positionen.html.



© Getty Images/Unsplash

Bildung in der zweiten Lebenshälfte

Stressfrei an die Uni

Sie sind weiterhin neugierig und erwägen zu studieren? Der AVDS-Studienführer für Senioren und Gasthörer erscheint bereits in der 7. Auflage und hilft beim Einstieg.

Leider gibt es an Deutschlands Hochschulen keine einheitlichen Regelungen für Seniorstudenten und Gasthörer. Nicht selten sucht man vergeblich nach einer ersten Anlaufstelle oder Ansprechpartnern. Der AVDS e. V. (Akademischer Verein der Senioren in Deutschland) hat deshalb einen Studienführer für Seniorstudenten und Gasthörer herausgegeben, um ihnen einen Wegweiser durch den Uni-Dschungel

an die Hand zu geben. Er informiert über passende Angebote und Programme an allen deutschen Unis und Hochschulen, Ansprechpartner, die unterschiedlichen Kosten, Studienvoraussetzungen und mehr.

Schon seit über zwölf Jahren gibt der AVDS den Studienführer heraus. Senioren und Gasthörer können sich hier umfassend über die Bildungs- und Weiterbildungsmög-

lichkeiten an sämtlichen deutschen Hochschulen und Universitäten informieren. Die Neuauflage des Standardwerks hat zudem noch mehr private Anbieter und Akademien sowie Fernstudiengänge aufgenommen.

Ergänzt wird das Bändchen durch praktische Tipps und einen Uni-Knigge für Studienanfänger. Gerade wer in seinem bisherigen Leben noch keine Erfahrung mit einer Universität hatte, ist dankbar über diese Hilfestellung. Zudem werden die beliebtesten Studienfächer für Senior-



studenten beschrieben. Von Archäologie, Astronomie, Architektur und Ägyptologie bis Kunstgeschichte, Philosophie und Psychologie ist alles dabei.

Der AVDS-Studienführer für Senioren und Gasthörer hat 64 Seiten, kostet 19,90 Euro und ist über die Websites des AVDS zu bestellen: senioren-studium.de und avds.de.

Kooperation mit Fachgewerkschaften

Nur Zusammenwirken aller verspricht Erfolg

Die Seniorenverbände des dbb und seiner Fachgewerkschaften müssen Netzwerke zukünftig noch besser verbinden, fordern Horst Günther Klitzing und Mario Reiß.

„Im dbb und seinen Mitgliedsgewerkschaften wechseln in den kommenden Jahren viele Mitglieder in den Ruhestand. Es ist eine unserer Hauptaufgaben, diese Mitglieder davon zu überzeugen, dass es sinnvoll ist, dem dbb die Treue zu halten. Die dbb bundesseniorenvertretung arbeitet deshalb daran, das Portfolio für Senioren auszuweiten“, sagte Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der

dbb bundesseniorenvertretung, bei einem Treffen mit Mario Reiß, dem Bundesvorsitzenden der Gewerkschaft Deutscher Lokführer (GDL), und weiteren Vertretern der Organisation am 16. Oktober 2025 in Berlin.

➤ Initiativen sind erwünscht

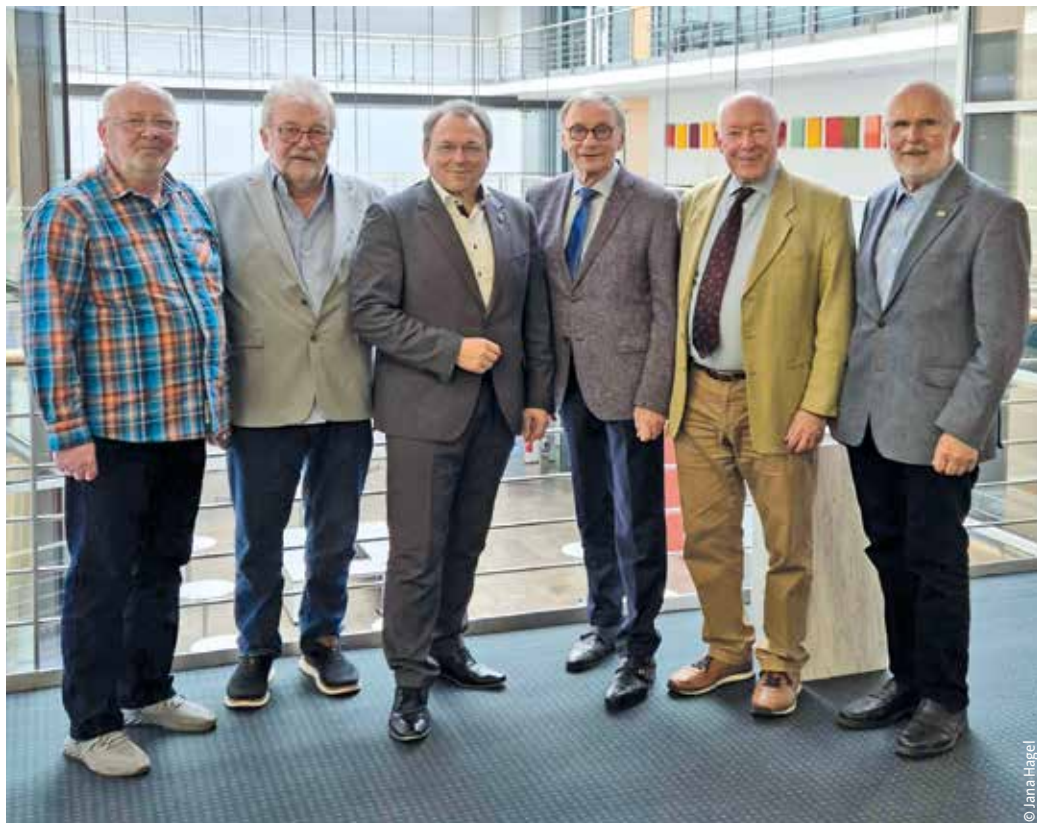
Beide wollten ausloten, wie Seniorenarbeit effektiver werden könne, künf-

tig Synergien besser genutzt und Netzwerke miteinander verknüpft werden können. Mario Reiß betonte, dass „Seniorenarbeit in der GDL einen hohen Stellenwert einnimmt. Der demografische Wandel führt nicht nur zu Fachkräftemangel im Bereich der Eisenbahn, sondern hat auch Auswirkungen auf die Mitgliedsstruktur der GDL und des dbb insgesamt.“ Viele Mitglieder stünden vor dem

Eintritt in den Ruhestand und wünschten sich Initiativen im Bereich der Seniorenpolitik, etwa zu den Themen Rente, Pension, Pflege oder Teilhabe. „Serviceleistungen speziell für Mitglieder kurz vor beziehungsweise im Ruhestand sind ein wichtiges Instrument, die Menschen in der Gewerkschaft zu halten“, so Reiß.

„Das Zusammenwirken aller Mitgliedsverbände ist hier Grundlage für den Erfolg“, zeigte sich Klitzing überzeugt und unterstrich, wie sehr „die dbb bundesseniorenvertretung einen regelmäßigen Austausch mit den Mitgliedsverbänden schätzt. Unter anderem findet der über die regelmäßigen Sitzungen der Hauptversammlung statt. Eben diese Themen werden im Rahmen von Fachtagungen aufgegriffen und in Gesprächen an gesellschaftliche und politische Entscheider herangetragen“, berichtete der dbb Senioren Chef.

Von den Serviceleistungen der dbb bundesseniorenvertretung werden die Seminare besonders gut angenommen. In diesem Jahr wurden erstmals zusätzlich Online-Seminare angeboten, die schnell ausgebucht waren.



© Jana Hagemel

➤ Synergien besser nutzen: Peter Schulz, Bezirksseniorenvertreter des GDL-Bezirks Nord-Ost, Heinz Schüler, Sprecher des bundesweiten Arbeitskreises Seniorenpolitik der GDL, GDL-Bundesvorsitzender Mario Reiß sowie Horst Günther Klitzing und seine Stellvertreter Thomas Krupp und Max Schindlbeck von der Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung (von links)

13. Speyerer Kommunaltag

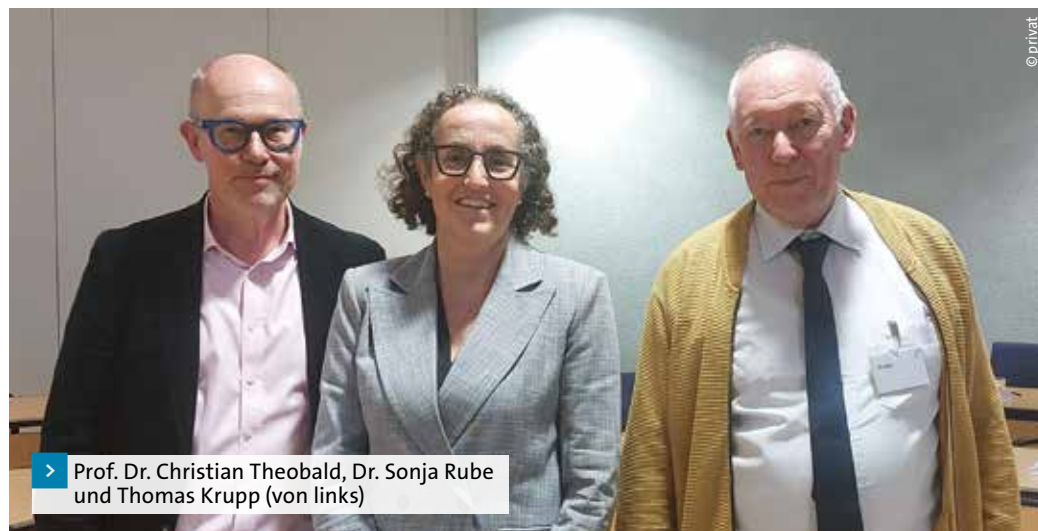
Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe

Mobilität gestalten – Kommunen stärken: Eine Fachveranstaltung zur Verkehrswende in Speyer legte den Schwerpunkt auf das Deutschlandticket.

Mitte Oktober 2025 fand an der Deutschen Universität für Verwaltungswissenschaften Speyer eine hochkarätig besetzte Fachveranstaltung zur Zukunft der Mobilität und kommunalen Handlungsspielräumen statt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Christian Theobald diskutierten Expertinnen und Experten aus Politik, Verwaltung, Wissenschaft und Praxis zentrale Fragen der Verkehrswende.

In Zeiten politischer Unsicherheit und wachsender Herausforderungen stand unter anderem das Deutschlandticket im Zentrum der Diskussion.

Nach intensiven Verhandlungen konnte die Finanzierung des Deutschlandtickets für das Jahr 2025 durch eine Änderung des Regionalisierungsgesetzes gesichert werden. Der Preis stieg zwar auf 58 Euro monatlich, doch die rund 13 Millionen Nutzer und Nutzerinnen konnten aufatmen. Im September 2025 ist auf einer Sonder-sitzung der Verkehrsminister die Finanzierung für das kommende Jahr ge-



> Prof. Dr. Christian Theobald, Dr. Sonja Rube und Thomas Krupp (von links)

sichert worden. Der Preis steigt allerdings weiter, auf 63 Euro im Monat. Die langfristige Perspektive bleibt jedoch weiterhin offen. Bis auf ein Bundesland wollte sich zum jetzigen Zeitpunkt keines auf die Fortführung des Tickets einlassen. Das führte bei vielen Teilnehmenden nicht nur zu Fragen, sondern auch zu Unmut.

Prof. Dr. Ludwig Gramlich (TU Chemnitz) und Dr. Oliver Mietzsch (Westfalen-Tarif GmbH) beleuchteten die Governance-Strukturen und Finanzierungsgrundlagen des Tickets. Ihre Beiträge machten deutlich: Kommunen brauchen Planungssicherheit, um nachhaltige Mobilitätsangebote schaffen zu können.

Am Rande der Veranstaltung forderte der stellvertretende Vorsitzende der dbb bundesseniorenvertretung, Thomas Krupp,

eindringlich: „Für ältere Menschen ist das Deutschlandticket nicht nur ein Fahrschein – es ist ein Schlüssel zur gesellschaftlichen Teilhabe. Wir dürfen nicht zulassen, dass dieses Angebot zur politischen Verhandlungsmasse verkommt.“

Neben dem Deutschlandticket wurden weitere zentrale Themen der Verkehrswende diskutiert: die Rolle des öffentlichen Personennahverkehrs insgesamt (Dr. Volker Wissing), integrierte Mobilitätsplanung am Beispiel der Landesgartenschau 2027 (Christine Locher) sowie die Transformation innerörtlicher Straßenräume (Dr. Sonja Rube). Auch rechtliche Neuerungen wie die Novellen des Straßenverkehrsgesetzes und der Straßenverkehrs-Ordnung (Christoph Schmidt, BMDV) sowie Fragen der Verkehrssicherheit (Prof. Dr. Dieter

Müller) fanden große Resonanz.

Die Veranstaltung bot Raum für Austausch, Diskussion und konkrete Impulse – und endete für Thomas Krupp mit einem klaren Appell: „Mobilität muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstanden und verlässlich gestaltet werden.“

Ziel der regelmäßig stattfindenden Speyerer Kommunaltag ist es, aktuelle Reformen, Probleme und Herausforderungen auf der kommunalen Ebene in Deutschland zu thematisieren. Im Zentrum der Tagung stehen deswegen urbane Gestaltungsoptionen bei der Verkehrs- und Mobilitätsentwicklung. Der wissenschaftliche Rahmen steht dabei ebenso im Fokus wie konkrete Beispiele aus der Praxis von Kommunen und kommunalen Unternehmen. ■

Allgemeine Dienstpflicht

Deutschland braucht dich!

In der Diskussion um die Steigerung der Verteidigungsfähigkeit des Landes stehen zahlreiche Vorschläge im Raum: Freiwilligenarmee, Rückkehr zur Wehrpflicht oder ein soziales Jahr für alle. *Aktiv im Ruhestand* und *#staatklar* haben gemeinsam bei Matthäus Fandrejewski, Vorsitzender der Bundesjugendleitung, und Horst Günther Klitzing, Vorsitzender der dbb bundes-seniorenvertretung, nachgefragt.



> Horst Günther Klitzing

Aktiv im Ruhestand/ #staatklar: Um das gleich zu Beginn zu fragen: Haben Sie gedient beziehungsweise ein Freiwilliges Soziales Jahr absolviert?

Horst Günther Klitzing: Ja, 18 Monate Bundeswehr mit freiwilliger Verpflichtung auf zwei Jahre. Mein letzter Dienstgrad war Leutnant der Reserve.

Matthäus Fandrejewski: Nein, das habe ich nicht. Ich habe nach der Schule erst eine Berufsausbildung gemacht. Im Anschluss, 2011, musste ich zur Musterung – als einer der letzten, die überhaupt gemustert wurden. Wenige Wochen später hat der Bundestag die Wehrpflicht ausgesetzt. Deshalb musste ich nicht zum Bund und auch keinen Zivildienst leisten.

Welche Erinnerungen verbinden Sie mit dieser Zeit?

Klitzing: Gemischte: interessante Begegnungen mit Personen, mit für einen Abiturienten fremden beruflichen und persönlichen Erfahrungen; das war hilfreich bei meiner Entschei-

dung über die Studienwahl. Auf der anderen Seite viel zeitliche „Gammelei“ im Normaldienst jenseits der Lehrgänge.

Fandrejewski: In meinem Umfeld gab es viele, die sich nach der Schule zivilgesellschaftlich im In- und Ausland engagiert haben, im Rahmen des Zivildienstes, eines Freiwilligen Sozialen Jahres oder des Work-and-Travel-Programms. Meine Wahrnehmung ist: All das erweitert den eigenen Horizont und ist auch für die Gesellschaft von großer Bedeutung.

Die personelle Aufstockung der Bundeswehr soll über Freiwillige erfolgen. Erst wenn sich so nicht genü-

gend von ihnen finden, würde die Wehrpflicht wiedereingeführt. Freiwilligkeit hier, der Bedarf, mit dem die Verteidigung steht und fällt, dort – wie denken Sie über diesen Zielkonflikt?

Fandrejewski: Den Zielkonflikt sehe ich auch. Natürlich erfordert die sicherheitspolitische Lage, dass wir ausreichend Soldatinnen und Soldaten haben. Andererseits hat das Grundgesetz vorgesehen, dass niemand zum Dienst an der Waffe gezwungen werden kann. Niemand soll, das steht für mich an oberster Stelle, gegen seinen Willen zur Bundeswehr müssen. Deshalb habe ich

auch den Vorschlag mit dem Losverfahren, der anscheinend aber vom Tisch ist, sehr kritisch gesehen. **Klitzing:** Die Überlegung der „Freiwilligkeit“ entspringt dem Unwillen zu einer politischen Entscheidung gegen den Zeitgeist. Naturgemäß würde die bei Betroffenen immer auch auf Ablehnung stoßen. Zudem scheint die Presse mehrheitlich gegen eine neue Wehrpflicht zu sein. Deren Vertreter stammen aus einer Zeit bequemen Wohlstands und des Widerstands gegen die Atomkraft, die Stationierung von amerikanischen Raketen in Deutschland und die Ausbildung an Waffen zu Verteidigungszwecken.

> ... noch freiwillig

Der Plan der Bundesregierung sieht bei Redaktionsschluss am 20. November 2025 vor, dass vom kommenden Jahr an allen jungen Männern und Frauen zum 18. Geburtstag ein Online-Fragebogen zugesandt wird. Männer müssen ihn ausfüllen, für Frauen ist das freiwillig. Dabei soll das Interesse am Dienst in der Bundeswehr abgefragt werden. Geeignete Kandidaten werden dann zur Musterung eingeladen. Ab dem 1. Juli 2027 soll die Musterung, also die ärztli-

che Untersuchung auf Wehrdiensttauglichkeit, für alle Männer ab dem Jahrgang 2008 wieder eingeführt werden. Ziel ist, einen Überblick über potenziell verfügbares Personal zu gewinnen. Melden sich nicht genug Freiwillige, könnte nach Zustimmung des Bundestags eine Bedarfswehrpflicht eingeführt werden. Dann könnte ein Losverfahren greifen. Das Recht auf Kriegsdienstverweigerung bleibt bestehen; das garantiert das Grundgesetz.

ada

Früher war ein Wehrdienst für Frauen nicht vorgesehen, weil die ja die Kinder bekamen. Ist dieses Argument veraltet?

Klitzing: Grundsätzlich nicht, aber nach der Zulassung der Einstellung von Frauen in die Bundeswehr kann es nicht mehr als zeitgemäß angesehen werden. **Fandrejewski:** Natürlich sind Frauen heute deutlich gleichberechtigter als damals. Dennoch sind Frauen, die Kinder kriegen, weiterhin in Berufsleben und Rente benachteiligt. Die Politik müsste bei der Wehrpflicht für Frauen also entsprechend nachsteuern, damit sich diese Ungleichheiten nicht weiter verstärken.

Ist die Einführung einer allgemeinen Dienstpflicht vielleicht die bessere Alternative zur Wiedereinführung der Wehrpflicht?

Klitzing: Nein, nicht aus meiner Sicht, denn das löst das Problem der notwendigen Verbesserung der Verteidigungsfähigkeit nicht. Man sollte politisch parallel vorgehen: Wehrpflicht ja, und wenn die aus individuellen Gründen nicht möglich ist, dann allgemeiner sozialer Dienst in angemessenem Umfang. **Fandrejewski:** Mit einem Wehrdienst muss aus meiner Sicht die Freiwilligkeit einhergehen. Wichtig ist mir auch zu betonen, dass die oft als „faul“ verschrieenen jungen Menschen, insbesondere die der Gen Z, nicht zu einem Gesellschaftsjahr verpflichtet werden müssen. Bereits heute engagieren sich sehr viele Junge ehrenamtlich, in Vereinen, in der Politik oder in Gewerkschaften –

und das mit großem Einsatz und viel Leidenschaft.

Sollte es aus Gründen der Generationengerechtigkeit nicht auch eine Dienstpflicht für die Alten geben? Die Jungen von heute würden in einigen Jahrzehnten ja ebenfalls ein zweites Mal herangezogen.

Klitzing: Dieser Vorschlag soll meines Erachtens nur von einer notwendigen, aber kontrovers diskutierten Entscheidung ablenken. **Fandrejewski:** Wir sollten uns von der Vorstellung lösen, dass zivilgesellschaftliches Engagement an ein bestimmtes Alter gekoppelt ist. Jung und Alt engagieren sich bereits umfassend. Es ergibt keinen Sinn, die Altersgruppen gegeneinander auszuspielen. Und im Kern geht es doch darum, dass die Bundeswehr zu wenige Leute hat und um die Jungen wirbt. Da geht es auch um die Frage, was für diejenigen gelten soll, die den Kriegsdienst verweigern. Es wäre unfair, wenn die einen „zum Bund“ gehen und die anderen nichts machen – deshalb diskutieren wir über die allgemeine Dienstpflicht.

Welche Bildungs- und Karrierevorteile könnten die Attraktivität einer Dienstpflicht erhöhen?

Klitzing: Nur bei Wehrpflicht: Ausbildungsabschlussangebote bis hin zur Möglichkeit eines Studiums bei der Bundeswehr bei entsprechend langfristiger Verpflichtung. Bei einer Dienstpflicht sollte der Einsatz im Gemeinwesen einer Demokratie eine Selbstverständlichkeit sein.

Fandrejewski: Die Idee einer allgemeinen Dienstpflicht bietet den Vorteil, dass sie nicht nur auf militärischen Dienst ausgerichtet ist, sondern auch soziale, gesundheitliche, politische oder kulturelle Bereiche umfassen kann.

Kann ein solcher Dienst junge Menschen langfristig für soziale/handwerkliche Berufe gewinnen?

Klitzing: Das ist denkbar und möglich, aber sicher nicht planbar. **Fandrejewski:** Da muss ich aus gewerkschaftlicher Sicht klarstellen: Zweck eines verpflichtenden Dienstjahres soll nicht primär sein, den Fachkräftemangel zu kompensieren! Wenn sich für den einen oder anderen herausstellt, dass eine Tätigkeit den eigenen Berufswünschen entspricht, dann ist das natürlich kein Problem, ganz im Gegenteil.

Welche Vor- und Nachteile können mit einem sozialen Pflichtjahr einhergehen?

Klitzing: Die Vorteile sehe ich im Kennenlernen von Schwierigkeiten jener Menschen, die auf gesellschaftliche Hilfe angewiesen sind, aber nicht so im Medienfokus stehen oder im Median des gesellschaftlichen Lebens. Ein Nachteil wäre die möglicherweise entstehende Konkurrenz zwischen (kostenfreien) Dienstleistenden und regulär Beschäftigten. Wenn die aus Jobs verdrängt würden, fände ich das als Gewerkschafter fatal. **Fandrejewski:** Junge Menschen leben in einer Realität, in der sie mit unendlich vielen Möglichkeiten konfrontiert sind. Die Hori-

zonterweiterung, die ein Pflichtjahr mit sich bringen würde, ist ein großes Plus. Es darf aber kein Nachteil für das spätere Leben entstehen, etwa weil es weniger Rente gibt.



© Alexander Habenicht (2)

> Matthias Fandrejewski

Bereits heute können Junge ein Freiwilliges Politisches Jahr absolvieren. Könnte ein Pflichtjahr auch bei uns in der Gewerkschaft absolviert werden?

Klitzing: Praktikumsähnlich und in geringfügigem Umfang wäre das in der Bundesgeschäftsstelle denkbar. Soll es darüber hinausgehen, müsste das wohlwollend mit den Mitglieds-gewerkschaften diskutiert werden. **Fandrejewski:** Grundsätzlich kann ich mir das gut vorstellen. Es geht darum zu vermitteln, welche Rolle Gewerkschaften als Akteure bei der politischen Willensbildung spielen. Das ist gerade in Zeiten, in denen das Verständnis für Demokratie eher abnimmt, von großer Bedeutung.

Die Fragen stellten Christoph Dierking und Anke Adamik.

Reform der Rentenversicherung

Sündenböcke der Gesellschaft?

Blickt man auf die politischen Ereignisse des Jahres 2025 zurück, erinnert man sich besonders an zwei Seniorinnen und Senioren betreffende Meinungsäußerungen: an die von Bundessozialministerin Bärbel Bas zur Einbeziehung der Beamtinnen und Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung, mit allen absehbaren Folgen auch für die Kranken- und die Pflegeversicherung, und an den Vorschlag des Wirtschaftsprofessors Marcel Fratzscher zur Ableistung eines sozialen Dienstes auch im Renten- und Pensionsalter. Daneben „bedachten“ uns die Regierenden mit weiteren Überlegungen, wie der einer nochmaligen Erhöhung des Ruhestandseinstiegsalters oder auch der Kreation einer „Aktivrente“ für jeden, der nach Beginn des Ruhestandes weiter bereit und in der Lage ist, seine berufliche Tätigkeit fortzusetzen.

Positiv gedeutet machen sich Politik und Wissenschaft also ernsthafte Gedanken über Wohl und Wehe des älteren Teils unserer Gesellschaft und möchten ihn besser am gesellschaftlichen Leben teilhaben lassen. Bei genauerem Hinsehen erkennt man die Ratlosigkeit, die in Politik wie in Wissenschaft, und ein Sachverständigenrat zählt auch dazu, herrscht ob der immer größer werdenden Zahl an Ruheständlern und den seit Jahrzehnten bekannten Konsequenzen für unser Sozialsystem. Wie auf einem Ruhekissen hatten sich alle Verantwortlichen gemütlich niedergelassen. Keine demografische Prognose oder wirtschaftswissenschaftliche Statistik vermochte, da wachzurütteln oder als dringende Aufforderung zum Denken und Handeln verstanden zu werden. Da wurden Versorgungsrücklagen „verfrühstückt“ und der Rentenversicherung versicherungsfremde Leistungen „aufs Auge gedrückt“; da wurden exorbitante Steigerungen der Gesundheitskosten ebenso hingenommen wie sich stetig erhöhende Sozialabgabenlasten für die Unternehmen inklusive der öffentlichen Arbeitgeber. Jede Zukunftsinvestition, wie zum Beispiel die in zeitgemäße digitale Arbeitsmittel und -verfahren, wurde, gerade auch im öffentlichen Dienst, ausgebremst und weggedrückt.

Nun sind die Verantwortlichen in einen kollektiven Stresszustand verfallen angesichts der großen Zahl der freundlicherweise sogenannten „Boomer“, die in den nächsten Jahren – völlig überraschend – aus dem Berufs-

leben ausscheiden werden. Inzwischen fällt auch dem Letzten auf, dass man mit den bislang gepflegten Denkmodellen und praktizierten Handlungsmustern nicht weiterkommen kann, dass man ja geradezu in einer Sackgasse gelandet ist. Bevor aber größere Veränderungen der Systeme geplant und vorgenommen werden, was für Parteien und ihre Führungen ja auch immer politisch riskant ist, versucht man weiterhin Aus- und Umwege zu gehen, um Zeit zu gewinnen und Geldreserven zu finden.

Und hier kommen wir Seniorinnen und Senioren ins Spiel. Angesichts unserer – verglichen mit anderen Generationen – großen Zahl scheint es nahezuliegen, sich hier im Hinblick auf Zeit, Berufserfahrung, Arbeitswilligkeit und -fähigkeit zu bedienen. Das hat mit Wertschätzung nichts mehr zu tun.

Inwieweit die politisch Verantwortlichen oder wissenschaftlich Tätigen zudem durch ein eher herkömmliches Bild von älteren Menschen geprägt sind oder ob sie doch „nur“ durch eine vom Zeitgeist bestimmte Denkweise geleitet werden, vermag ich

nicht zu entscheiden. Nach der Seniorenfachtagung im Oktober wissen wir aber, und finden dies in den Ausführungen des 9. Altersberichts der Bundesregierung bestätigt, dass sich in unserer Gesellschaft noch vieles ändern muss, damit das gemeinsame Leben aller nicht länger durch überkommene Altenbilder beeinträchtigt wird.

Wir Seniorinnen und Senioren wollen und werden uns auch zukünftig selbstbestimmt in der Gesellschaft und für unsere Demokratie engagieren und sind nach unseren jeweiligen Möglichkeiten auch bereit, unsere Berufserfahrung aktiv eine Zeit lang einzubringen. Dafür erwarten wir aber Wertschätzung und Unterstützung von Politik und Gesellschaft auf allen Ebenen und in allen Bereichen statt verbal aufgehübschter Aktionismen.

Ich wünsche damit Ihnen allen im Namen der Geschäftsführung der dbb bundesseniorenvertretung ein gesegnetes, geruhames Weihnachtsfest in Gesundheit und mit viel Kommunikation mit Ihren Angehörigen und Freunden!

Horst Günther Klitzing,
Vorsitzender der dbb bundesseniorenvertretung



© Marco Urban

Nachgefragt

Wie verbringt Ihre Familie Weihnachten?

Eine Frage an ...

... Marcus Zander, den Vorsitzenden des Vorstands der Frank Zander Stiftung, die wenige Tage vor Weihnachten ein Gänseessen für 2 500 Berliner Obdachlose und Bedürftige veranstalten wird.

„Ganz ehrlich? Uns ist es als Familie manchmal auch alles zu viel Vorbereitung und Stress. Die Feier wurde auch von Jahr zu Jahr größer“, sagt Marcus Zander. Die Feier, von der er hier spricht, ist nicht das Weihnachtsfest der Familie. Es ist die Weihnachtsfeier, die sein Vater Frank Zander erstmals 1995 für damals 300 Obdachlose auf Schloss Diedersdorf bei Berlin ausrichtete und die im Dezember zum 31. Mal stattfinden wird.

Frank Zander kennt in Berlin eigentlich jeder, schließlich kommt er von hier: „Ich bin ein Neuköllner Straßenkörer“, sagt der gelernte Grafiker und Maler über sich. Bekannt aber ist er als Sänger und Entertainer. An seine raue Stimme in „Hier kommt Kurt“ oder „Ich bin der Ur-Ur-Enkel von Frankenstein“ können sich viele auch außerhalb Berlins erinnern und an die ARD-Sendung „Plattenküche“, durch die er sich gemeinsam mit Ulknudel Helga Feddersen blödelte. Die Hertha-BSC-Hymne „Nur nach Hause ... (gehn wir nicht)“ stammt von ihm, ebenso „Alles Gute zum Geburtstag“ mit den Hamstern.

„Mein Vater hatte 1995 versprochen, arme Menschen auch weiterhin zu Weihnachten einzuladen – dieses Versprechen wird nun seit 30 Jahren gehalten!“, erzählt Franks Sohn Marcus, Vorsitzender des Vorstands der Frank Zander Stiftung. Seit damals lädt Frank Zander Obdachlose und Bedürftige zu einem Weihnachtsessen – Gänsekeulen, Rotkohl und Klöße – ein. Von Jahr zu Jahr wurden es mehr Gäste, die dem Berliner Urgestein vertrauten und sich das ganze Jahr auf diesen wichtigen Termin freuen.

► Nicht nur zur Weihnachtszeit

Frank Zander und seine Familie helfen rund ums Jahr. „Wir unterstützen auch andere soziale Einrichtungen, kaufen zum Beispiel mal 'ne neue Küche für eine Tagesstätte oder finanzieren ein Arztmobil für Obdachlose“, schreibt Frank Zander auf der Website der Frank Zander Stiftung, die die Familie gemeinsam mit dem Caritasverband Berlin im Herbst 2024 gegründet hat. Und Zander denkt über seinen eigenen Tod hinaus: „Die Stiftung soll auch unsere sozialen Bemühungen



► 2024: Frank Zander begrüßt seine Gäste persönlich. Links im Hintergrund: Franziska Giffey

dauerhaft sichtbar machen, denn für immer werde ich nicht leben, aber die Idee und der Gedanke sollen ewig am Leben bleiben!“ Besonders am Herzen liegt den Zanders das von der Stiftung gegründete Café Streetwork: „Nur nach Hause ...“.

„Auch nach 30 Jahren möchten wir an unserer Tradition festhalten und unseren Gästen einen festlichen Gänsebraten servieren. Aufgrund einer Umfrage unter unseren Gästen wissen wir, dass über 93 Prozent davon sich auch dieses Jahr wieder einen Gänsebraten bei unserer Weihnachtsfeier wünschen. Wir haben über die Jahre eine sehr vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Küchenchef des Estrel Hotels aufgebaut und wissen, dass er alles versucht, den Wunsch der Gäste zu

erfüllen. Auch wenn die Gänsekeule in diesem Jahr wegen der Vogelgrippe deutlich teurer wird, so werden wir versuchen, diese Mehrkosten mithilfe von Spenden zu tragen“, berichtet Marcus Zander über die Schwierigkeiten in diesem Jahr.

► Riesensause für Bedürftige

In der Woche vor der Veranstaltung werden die Gäste in über 80 sozialen Einrichtungen der Stadt (Notübernachtungen, Essensausgaben, Kältelbussen, Wärmestuben und an weiteren Orten) eingeladen und kostenlose Einlassbändchen an sie verteilt. „Neu hinzu als Ort für die Verteilung der Bändchen kommt das von der Frank Zander Stiftung und der Caritas finanzierte Café „Nur nach Hause ...“,“ erzählt Zander-Sohn Marcus.

Am 22. Dezember wird es in diesem Jahr wieder so weit sein: Ein kostenloser Busshuttle der BVG wird etwa 2 500 Menschen ins Berliner Estrel Hotel fahren. Dort warten neben dem berühmten Gänseessen und einer Bühnenshow, bei der Prominente selbstverständlich ohne Gage auftreten, auch Friseur, die den Gästen einen frischen Haarschnitt anbieten, Ärzteteams und natürlich Geschenke, Kinderspielzeug, Hygieneartikel, warme Unterwäsche, Winterkleidung, Schlafsäcke, Hundefutter. Die Hunde sind die treuesten Begleiter von Obdachlosen – und oft genug auch die einzigen. Doch dürfen sie nicht mit in die Notunterkünfte, weshalb viele der Herrchen und manchmal auch Frauchen es vorziehen, auch im tiefsten Winter draußen zu übernachten.

➤ Zahlreiche Helfer

Im Estrel jedoch werden sie alle an diesem Nachmittags willkommen sein. Die Vorbereitungsarbeit für das Obdachlosenfest machen die Zanders – Vater, Sohn, der in der Musikbranche arbeitet, und inzwischen auch Enkelsohn Elias, der Musik auf Lehramt studiert – natürlich nicht allein. Die Essenszubereitung übernimmt die Hotelküche, die auch sonst Gäste von Großveranstaltungen versorgt. Damit nichts kalt wird, werden die Essen von zahlreichen prominenten Aushilfskellnern und -kellnerinnen serviert. Und auch in diesem Jahr werden es sich weder Brandenburgs Ministerpräsident Diemar Woidke



➤ 2024: Schürze um und los: Kai Wegner und Berlins Bildungs-senatorin Katharina Günther-Wünsch

oder Berlins Regierender Bürgermeister Kai Wegner noch die Berliner Wirtschaftssenatorin Franziska Giffey nehmen lassen, mit heißen Tellern durch den größten Saal des Estrel zu balancieren. Außerdem wollen sich Sänger Nino De Angelo, die Sängerinnen Nicole, Claudia Jung und Annemarie Eilfeld, Hugo-Egon Balder (Entertainer), Ronald Rauhe (Olympiasieger Kanute) und Walter Lehnertz (80-Euro-Waldi aus „Bares für Rares“) beteiligen.

Das Fest erfreut sich in Berlin inzwischen so großer Beliebtheit, dass sich in diesem Jahr fast 800 Menschen als freiwillige Helferinnen und Helfer beworben haben. Gebraucht werden, damit man sich nicht auf die Füße tritt, „nur“ etwa 180 Freiwillige. Diese Plätze sind Anfang November verlost (!) worden. Die Freiwilligen helfen nicht nur bei der Vorbereitung, beim Servieren und Abräumen, sondern auch beim Verteilen der Geschenke. Sie werden erstmals gleich am Einlass Taschen ausgegeben, die sich die Gäste

selber mit nützlichen Dingen füllen können.

Was motiviert die Zanders? Sohn Marcus: „Die Menschen haben sich das ganze Jahr auf diese Feier gefreut und werden ja sonst nie eingeladen ... Wenn wir dann am Tag der Veranstaltung in die Gesichter der Menschen blicken, wissen wir: Alles gut – das, was wir hier auf die Beine gestellt haben, ist wichtig und richtig! Das ist Weihnachten!“

Wochen der Vorbereitung, immer mehr Gäste, immer mehr Listen, herumorganisieren. Ja, es ist anstrengend, manchmal zu viel – die Feier ist ja stetig gewachsen. Aber dann kommt der Tag. Und sobald die Zanders in die Gesichter der Menschen blicken, die sich das ganze Jahr auf diesen Abend freuen und sonst selten irgendwo eingeladen werden, kippt der Stress in Gewissheit: Genau dafür lohnt es sich. Das ist Weihnachten.

Ob im Berliner Ortsteil Spandau, in Städten wie Stuttgart, Leipzig und

Hannover oder Landkreisen wie Ostprignitz – die Idee findet deutschlandweit Nachahmer und ist zum Vorbild für etwa 30 andere Projekte geworden. Familie Zander freut's.

➤ Und dann: ausspannen

Und danach? Dann verbringt Familie Zander ihr eigenes Weihnachten: erst schenken, dann sich sammeln. Erst ein riesiger Saal voller Menschen, die sich willkommen fühlen. Danach wird es klein, still und privat. Kein Blitzlicht, keine Bühne, nur Atem holen nach einem Tag, der viele satt gemacht hat – auch im Herzen. Die Sorge in diesem Jahr: Frank Zanders Frau Evelyn ist erkrankt. Die Familie hofft darauf, dass sie mit dabei sein kann, wenn sich, wie gewohnt, am 24. Dezember der engste Kreis der Familie versammelt: Gefeiert wird bei Sohn Marcus Zander, mit dessen Frau, Enkelsohn Elias und Freundin, Kater Toby und hoffentlich „mit Vadder und Mutter“, erzählt Marcus. „Wir lassen uns von befreundeten Gastronomen etwas liefern, denn die Kraft zu kochen haben wir dann nicht mehr.“ Dann wird die Anspannung abfallen, das Telefon schweigen und Kater Toby wahrscheinlich zwischen den Familienmitgliedern sitzen und schnurren.

ada

obdachlosenfest.de

Falls Sie spenden möchten:

FRANK ZANDER STIFTUNG, SozialBank AG,
IBAN: DE49 3702 0500
0020 1852 41